34. Findet § 108 St.G.B.'s auf die Wahlen von Vertretern zur Generalversammlung einer Ortskrankenkasse Anwendung? Krankenversicherungsgesetz (R.G.B. 1892 S. 417) §§ 1. 16 ffg. 27. 34. 37. 49.

I. Straffenat. Ur. v. $\frac{30. \text{Januar}}{24. \text{Februar}}$ 1908 g. N. I 1084/07.

I. Landgericht Mainz.

Aus den Gründen:

... Bei der Wahl von Vertretern zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse B. (§ 37 Abs. 3 Krank.V.G.'s) hat sich der Angeklagte durch Abgabe eines Wahlzettels beteiligt. Er stand damals nicht in

einem Lohnarbeitsverhältnis, war vielmehr beschäftigungslos und ausschließlich zu dem Zwecke, ihm die Teilnahme an der Wahl zu ermöglichen, zwei Tage vor dieser durch einen anderen, den angeblichen Arbeitgeber, schriftlich als Lohnarbeiter bei der Kasse angemeldet und daraufhin unbeanstandet zur Wahl zugelassen worden. Die Annahme des angefochtenen Urteils, der Angeklagte sei nicht wahlberechtigt gewesen und habe durch seine Beteiligung ein unrichtiges Wahlergebnis herbeigeführt, wird von dem Beschwerdeführer zu Unrecht bekämpft.

Wahlberechtigt sind nach § 37 Krank.W.G.'s die großjährigen, im Besiz der Ehrenrechte befindlichen Kassenmitglieder. Die Mitgliedschaft entsteht, von den Fällen der freiwilligen Beteiligung (§§ 19 Abs. 3. 27 Krank.W.G.'s) abgesehen, kraft Gesetzes mit dem Eintritt in eine Beschäftigung, wie sie in § 1 des Ges. vorgesehen ist (§ 19); sie besteht unabhängig von der Anmeldung und Beitragsleistung als rechtlich bestimmter Zustand. Die Anmeldung (§ 49) kann erst nach Entstehung der Mitgliedschaft stattfinden und hat eine ganz andere Bedeutung als die einer rechtsgeschäftlichen Begründung des Versicherungsverhältnisses, die ihr nach den Ausführungen des Verteidigers zukommen würde. Für die Wahlberechtigung, die nur von der Mitgliedschaft abhängt, kommt die Anmeldung sonach gleichfalls nicht in Betracht. Die Anmeldeeregister werden zwar die Grundlagen für die rein geschäftlichen Maßnahmen bei der Wahl bilden; insbesondere wird die Anzahl der zu wählenden Vertreter (§ 50 des Statuts der Ortskrankenkasse W.) nach diesen Registern zu berechnen sein, und Wählerlisten, die zur Vorbereitung der Wahl und zur Erleichterung ihrer Leitung und Überwachung dienen, werden nur nach den Meldeeregistern aufgestellt werden können. Allein der Eintrag im Melderegister oder in die Wahlliste vermag die Wahlberechtigung nicht zu begründen. Nicht einmal die Bedeutung einer vorläufigen oder formalen Entscheidung über die Wahlberechtigung kommt einem solchen Eintrag zu. Wäre es aber selbst der Fall, so würde doch die Wahlbeteiligung des zu Unrecht eingetragenen Nichtberechtigten gegen das Gesetz verstoßen, und zwar nicht nur dann, wenn der Eintrag durch Täuschung herbeigeführt ist (Rechtspr. des R.G.'s in Straff. Bd. 6 S. 70; Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 10 S. 60), sondern auch ohne diese Voraussetzung;

denn in den Fällen strafbarer Wahlfälschung ist Gegenstand des strafrechtlichen Schutzes nicht sowohl die Wahrung der äußeren Form der Wahl, als vielmehr die sachliche Richtigkeit des Wahlergebnisses (Entsch. w. o. Bd. 37 S. 233 und 239). Durch die Teilnahme eines Nichtberechtigten an der Wahl wird aber, wie wiederholt erkannt, ein unrichtiges Ergebnis der Wahl herbeigeführt (Entsch. w. o. Bd. 20 S. 420 u. a.).

Die Anwendbarkeit des § 108 St.G.B.'s auf den festgestellten Sachverhalt wird weiter aus dem Grunde bestritten, weil die Wahl von Vertretern zur Generalversammlung einer Ortskrankenkasse nicht eine solche in einer „öffentlichen Angelegenheit“ sei, sondern in „privaten, wirtschaftlichen Angelegenheiten“ der Wähler stattfinde.

Allerdings bewegt sich die den Ortskrankenkassen gesetzlich zugewiesene Tätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet; sie selbst sind wirtschaftliche, mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattete Verbände, die in Fällen der Erkrankung und dadurch verursachten Erwerbsunfähigkeit ihrer Kassenmitglieder diesen Fürsorge, und zwar in Leistungen von Geld oder Geldeswert, zu gewähren und die Mittel dazu durch Erhebung von Beiträgen und durch Verwaltung des angesammelten Vermögens zu beschaffen und bereit zu halten haben (Entsch. w. o. Bd. 38 S. 17 [18]). Insoweit unterscheiden sich die Ortskrankenkassen sowohl nach ihrer Stellung im Wirtschaftsleben und in ihrer Tätigkeit, wie nach der Art ihrer Beziehungen zu den Kassenmitgliedern kaum von anderen juristischen Personen, welche rein wirtschaftliche Zwecke verfolgen, und deren Angelegenheiten „die Gesamtheit des Gemeinwesens und das öffentliche Interesse nicht berühren“, somit als „öffentliche Angelegenheiten“ nicht gelten können (Entsch. w. o. Bd. 22 S. 337).

Staatliche Anstalten sind die Ortskrankenkassen nicht, auch nicht solche Körperschaften, welche sich in die Verfassung des Staats einfügen und, einerseits mit Selbstverwaltungsrecht, andererseits mit abgeleiteter Herrschaftsgewalt ausgestattet, für das ihnen zugewiesene räumliche Gebiet unmittelbar staatliche Zwecke erfüllen und einen Teil der staatlichen Verwaltung übernehmen, wie es bei den staatlichen Gebietskörperschaften, den Provinzen, Kreisen und auch den Gemeinden der Fall ist. Durch die innerhalb der Ortskrankenkassen stattfindenden Wahlen werden denn auch nicht obrigkeitliche Organe oder politische

Vertretungskörper geschaffen, sondern Willens- und Vertretungsorgane des Verbands, deren Berufstätigkeit wesentlich wirtschaftlicher Art ist und sich in der Hauptsache auch in den Formen des privatrechtlichen Verkehrs vollzieht. Dementsprechend ist die Wahlberechtigung der Rassenmitglieder lediglich mit der Verbandsangehörigkeit verknüpft und nicht etwa Ausfluß staatsbürgerlicher Befugnisse. Nicht einmal die Staatsangehörigkeit, die erste und unerläßliche Voraussetzung der Ausübung jeden staatsbürgerlichen Rechts, gehört zu den Eigenschaften, von denen das Wahlrecht abhängt; es ist dem Ausländer gewährt, beiden Geschlechtern gleichmäßig eingeräumt und allen Rassenmitgliedern unabhängig davon, ob sie zu den Staatssteuern zugezogen sind. Nur die Zugehörigkeit zur Rasse, somit nur die Tatsache, daß der Wähler als Lohnarbeiter wirtschaftlich tätig ist, begründet das Wahlrecht; die Stellung des Wählers im Staat ist gleichgültig. Daher würden die Wahlen von Mitgliedern des Vorstands der Ortskrankenkasse und von Vertretern zur Generalversammlung (§§ 34. 37 Krank.V.G.'s) des strafrechtlichen Schutzes gegen Fälschung ihrer Ergebnisse entbehren, wenn dieser nach § 108 St.G.B.'s nur solchen Wahlen zukäme, bei denen ausschließlich Staatsbürger, und zwar auf Grund der ihnen in dieser Eigenschaft zustehenden Rechte, zu wählen befugt sind.

Die Meinung, daß § 108 St.G.B.'s tatsächlich nur auf Wahlen der letztgenannten Art Anwendung leiden könne, ist in der Rechtslehre mehrfach vertreten. Sie stützt sich darauf, daß § 107 St.G.B.'s nach seinem klaren Wortlaute sich nur auf Wahlen in Ausübung staatsbürgerlicher Rechte beziehe und daß andererseits angenommen werden müsse, in den §§ 108. 109 St.G.B.'s seien andere Wahlen als die in § 107 genannten nicht geschützt; daher werden unter Wahlen in öffentlichen Angelegenheiten nur Wahlen der Staatsbürger oder solche in Angelegenheiten des Staats und der staatlichen Gebietskörperschaften verstanden. Auch in der Entscheidung des erkennenden Senats vom 9. November 1882 (Entsch. w. o. Bd. 7 S. 223) ist diese Ansicht zum Ausdruck gelangt. Die Entscheidung erörtert bei Auslegung des § 107 den Begriff der „staatsbürgerlichen Rechte“; sie lehnt eine einengende Auslegung ab und begründet die Anwendung der Strafbestimmung auch auf Gemeindevahlen. Zu diesem Zwecke werden die §§ 108. 109 St.G.B.'s herangezogen, und es wird be-

tont, daß sie nach ihrem Wortlaute nicht auf die Wahlen der „Staatsbürger“ beschränkt seien, sich vielmehr auf Wahlen in „öffentlichen Angelegenheiten“ erstreckten und daß hieraus sowie aus der Zusammengehörigkeit der §§ 108. 109 mit § 107 St.G.B.'s die Anwendbarkeit des § 107 auf alle diejenigen Wahlen in „Staat und Gemeinde“ folge, an denen „Staatsangehörige“ je nach der Verschiedenheit der ihnen eingeräumten „politischen Rechte“ teilnahmen. Aus der erweiterten Fassung der §§ 108. 109 wird nicht mehr hergeleitet, als daß die drei Strafbestimmungen sich gleichmäßig auf alle „politischen“ Wahlen in Staat und Gemeinde beziehen, obwohl anerkannt wird, die Verwendung des Begriffs „öffentliche Angelegenheiten“ in §§ 108. 109 sei geeignet und auch vom Gesetzgeber dazu bestimmt, die Wirksamkeit dieser Strafbestimmungen über den Kreis der dem „Staatsbürger“ obliegenden Wahlen zu erstrecken. Durch die Beziehung auf den § 107 St.G.B.'s hat damit der Begriff der Wahlen in öffentlichen Angelegenheiten erst die Auslegung erfahren, daß darunter nur die Wahlen in Angelegenheiten des Staats und seiner Gebietskörperschaften zu verstehen sei, eine Einschränkung des Begriffs der „öffentlichen Angelegenheiten“ (Entsch. w. o. Bd. 22 S. 337), zu der weder der Sprachgebrauch, noch die Entstehungsgeschichte des Gesetzes, noch endlich der Zusammenhang mit § 107 berechtigen.

Die §§ 84—86 des preußischen Strafgesetzbuchs, denen die §§ 107—109 des Reichsstrafgesetzbuchs nachgebildet sind, bezogen sich auf eine und dieselbe Art von Wahlen. Dies ergibt sich daraus, daß in §§ 85. 86 bestimmte Wahlen, die gegen Fälschung und Stimmenkauf geschützt werden sollten, überhaupt nicht angeführt waren, so daß die Strafbestimmungen schon nach ihrem Wortlaut und dem danach notwendigen Zusammenhang mit § 84 sich nur auf die Wahlen beziehen konnten, welche dort als solche in Ausübung staatsbürgerlicher Rechte bezeichnet waren. Unbestritten war dies jedoch nicht, vielmehr war die Ansicht vertreten, daß die §§ 85. 86 einen weiteren Kreis von Wahlen umfaßten als § 84; in der Hauptsache war allerdings nur darüber Streit, was unter „staatsbürgerlichen Rechten“ in § 84 zu verstehen sei.¹ Die Strafbestimmung

¹ Drenkmann in Goldammer's Archiv Bd. 17 S. 166 flg.

des § 84 ist unverändert in das Strafgesetzbuch übernommen, § 85 dagegen und ebenso § 86 mit der Abänderung, daß die in ihnen geschützten Wahlen besonders, und zwar als solche in öffentlichen Angelegenheiten, bezeichnet sind. Die gesetzgeberischen Arbeiten geben keinen Aufschluß, warum in dieser Weise verfahren wurde, namentlich nicht darüber, ob etwa die ersterwähnte Streitfrage in bejahendem Sinne entschieden und das sachliche Geltungsgebiet der §§ 108. 109 St.G.B.'s anders, und zwar weiter als dasjenige des § 107, gestaltet werden sollte oder ob umgekehrt die Abänderung nur dazu bestimmt war, den Begriff der staatsbürgerlichen Rechte in § 107 zu erläutern. Letzteres ist durchaus unwahrscheinlich. Der Zweck, die Anwendbarkeit der Strafbestimmungen der §§ 107—109 St.G.B.'s auf alle „politischen Wahlen“ sicherzustellen und der Meinung entgegenzutreten, als seien unter staatsbürgerlichen Rechten nicht auch die der Bürger politischer Gemeinden zu verstehen, wäre einfach und sachgemäß durch eine andere Fassung des § 107 St.G.B.'s zu erreichen gewesen, an den sich dann §§ 108 und 109 in der Fassung der §§ 85. 86 preuß. St.G.B.'s anschließen konnten, wenn sie sich fort-dauernd auf die gleichen Wahlen beziehen sollten, die auch in § 107 geschützt waren.

Wenn aber § 84 beibehalten wurde, ohne daß in dieser Bestimmung, welche bisher allein die Art der vom Gesetz geschützten Wahlen angab, deren Bezeichnung geändert worden wäre, und wenn umgekehrt in §§ 85 und 86 neu eine erheblich umfassendere Bezeichnung, und zwar so eingeschaltet wurde, daß sich die Art der geschützten Wahlen nicht mehr aus der vorausgehenden, sondern selbständig und ausschließlich aus der abgeänderten Strafbestimmung selbst ergab, so spricht dieses Verfahren entschieden dafür, daß die Bestimmungen der §§ 108. 109 St.G.B.'s aus ihrer Abhängigkeit von § 107 gelöst werden und einen erweiterten Inhalt erhalten sollten. Jedenfalls aber zwingt der erklärte Wille des Gesetzgebers, die Wortfassung der Strafbestimmungen, zu der Auslegung, daß sich die §§ 108. 109 St.G.B.'s auf einen Kreis von Wahlen beziehen, der zwar diejenigen in Ausübung staatsbürgerlicher Rechte, auch in dem weiteren Sinne von „politischen Rechten“, gleichfalls umfaßt, darüber hinaus aber auch Wahlen in allen anderen Angelegenheiten öffentlicher Art, bei denen das Wahlrecht des Wählers nicht not-

wendig von seiner Stellung in Staat und Gemeinde abhängt und deren Zweck nicht gerade die Schaffung staatlicher Vertretungskörper sein muß.

Demgemäß hat denn auch der erkennende Senat bereits in dem Urteil vom 28. Januar 1907 gegen S. I 1282/06 ausgesprochen, daß Wahlen innerhalb der evangelischen Kirche in Hessen unter die Strafbestimmung des § 108 St.G.B.'s fallen, obwohl nach der Kirchenverfassung das Wahlrecht von der Staatsangehörigkeit unabhängig ist, auch die Kirche ihre Angelegenheiten selbständig verwaltet und dem Staat nur das Obergerichtsrecht zusteht. Freilich ist die Folge dieser Gesetzesauslegung die, daß das schwerere Vergehen des Wahlzwangs in § 107 St.G.B.'s nur in bezug auf die Wahlen in Ausübung staatsbürgerlicher Rechte bedroht ist, während die vom Gesetz selbst als weniger strafbar behandelten Vergehen der Wahlfälschung und des Stimmenkaufs für einen erheblich weiteren Kreis von Wahlen unter Strafe gestellt sind. Allein die Strafbarkeit dieser Vergehen wird durch §§ 108, 109 St.G.B.'s überhaupt erst begründet, während § 107 in der Hauptsache nur den Tatbestand der Nötigung in bezug auf Wahlen wiedergibt und unter eine Sonderstrafbestimmung stellt. Die Beschränkung des § 107 auf Wahlen in Ausübung staatsbürgerlicher Rechte kann daher durch die Erwägung gerechtfertigt sein, daß die Strafen der Nötigung ausreichen, soweit die Wähler gegen Gewalt und Zwang in Ausübung anderer als staatsbürgerlicher Wahlrechte strafrechtlichen Schutzes bedürfen, daß dagegen ein erhöhter Schutz in bezug auf Wahlen der letzteren Art gewährt werden soll. Nicht zu leugnen ist, daß ein Mißverhältnis bei den Strafdrohungen trotzdem bestehen bleibt, sofern der Wahlzwang bei Wahlen, die ausschließlich unter §§ 108, 109 fallen, nach § 240 St.G.B.'s mit geringerer Strafe bedroht ist als Wahlfälschung und Stimmenkauf bei den gleichen Wahlen.

Wenn die §§ 108, 109 St.G.B.'s auch nach ihrer Ausdehnung auf alle Wahlen in öffentlichen Angelegenheiten in dem 5. Abschnitt des 2. Teils mit der Überschrift „Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte“ stehen blieben, so kann daraus ein Grund zu einschränkender Auslegung nicht entnommen werden; denn die Überschriften der Abschnitte haben als Auslegungsmittel überhaupt nur untergeordnete Bedeutung und

für die §§ 108 und 109 beweist ihre Stellung im Strafgesetzbuch um so weniger, als in ihnen nach wie vor auch die politischen Wahlen geschützt sind, die unter den Wahlen in öffentlichen Angelegenheiten an erster Stelle stehen, so daß kein Anlaß bestand, die Angliederung an § 107 aufzugeben. Auch ein letztes Bedenken, das aus der Bestimmung des § 34 Nr. 4 St.G.B.'s zu entnehmen ist, wurde nicht für durchgreifend erachtet. Nach dieser Bestimmung bewirkt die Aberkennung der „bürgerlichen“ Ehrenrechte den Verlust der Fähigkeit, in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder „andere“ politische Rechte auszuüben. Mag es danach auch den Anschein gewinnen, als ob der Gesetzgeber die Wahlberechtigung in öffentlichen Angelegenheiten unterschiedslos als ein politisches Recht auffasse, eine Annahme, welche auch durch die ursprüngliche Fassung in § 12 preuß. St.G.B.'s unterstützt ist, so ist doch einerseits eine Ungenauigkeit im Ausdruck nicht ausgeschlossen und andererseits zu erwägen, daß in der Zeit der Entstehung dieser Bestimmung Wahlen überhaupt und namentlich solche, bezüglich deren die Fernhaltung Unwürdiger im öffentlichen Interesse geboten war, fast ausschließlich in staatlichen Angelegenheiten stattfanden, namentlich Wahlen in sozialpolitischen Angelegenheiten ganz fehlten, so daß die Gleichstellung des Wahlrechts in öffentlichen Angelegenheiten mit anderen politischen Rechten an einer Stelle nicht weiter auffällt, an der es nur darauf ankam, Unwürdigen die Ausübung öffentlichrechtlicher Befugnisse überhaupt unmöglich zu machen.

Unter Aufgabe der früheren Rechtsansicht wird hiernach angenommen, daß die Anwendung des § 108 St.G.B.'s nicht auf die in § 107 geschützten Wahlen beschränkt ist.

Wie weit der in § 108 verwendete Begriff der „öffentlichen Angelegenheiten“ reicht, ergibt sich aus dem bereits angezogenen reichsgerichtlichen Erkenntnis vom 25. Januar 1892 (Entsch. w. o. Bd. 22 S. 337); er ist umfassender als der Begriff der staatlichen und auch der politischen Angelegenheiten (Rechtsp. w. o. Bd. 9 S. 590). Wie die Angelegenheiten des Staats und der staatlichen Körperschaften, so fallen namentlich auch die ihnen am nächsten stehenden Angelegenheiten von Genossenschaften und Verbänden, die durch das öffentliche Recht des Reichs oder eines Bundesstaats zu dem Zwecke geschaffen sind, um gleich dem Staate selbst für das gemeine

Wohl zu wirken, insoweit darunter, als dieser öffentliche Zweck und nicht rein privatrechtliche Beziehungen der öffentlichrechtlichen Körperschaft in Frage stehen. Eine solche Angelegenheit öffentlicher Art ist die Bestellung der Vertretungsorgane von Ortskrankenkassen.

Die Krankenversicherung ist, wie die Begründung des Krankenversicherungsgesetzes (§ 52) betont, eine „dem öffentlichen Interesse dienende, öffentlichrechtliche Einrichtung“. Aus Gründen des öffentlichen Wohls und der staatlichen Sicherheit hat der Staat als eigene Aufgabe die Fürsorge übernommen, deren die Angehörigen der Arbeiterklasse in Fällen der Krankheit und Erwerbsunfähigkeit bedürfen. Während vorher nach der bestehenden Gesellschaftsordnung jedem einzelnen überlassen war, sich selbst für den Fall der Not durch Maßnahmen privatrechtlicher Art zu schützen, und Staat und Gemeinde nur in der Form der öffentlichen Armenpflege tätig wurden, ist in der Versicherungsgesetzgebung ein öffentlichrechtlicher Anspruch auf ein bestimmtes Maß von Fürsorge anerkannt. Diesem von ihm begründeten Anspruch wird der Staat in der Form einer Versicherung gerecht, die nicht auf freiwilliger Beteiligung der Versicherten beruht, sondern mittels staatlichen Zwangs durchgeführt ist, so daß sie ohne weiteres eintritt und der Versorgungsanspruch unmittelbar gegen die Träger der Versicherung erwächst, völlig unabhängig davon, ob die Beitragspflicht erfüllt ist oder nicht. Diese Pflicht selbst ist als öffentliche Last anderen Personen, den Arbeitgebern, in der Weise auferlegt, daß sie für die Einzahlung der Beiträge aufzukommen und aus eigenen Mitteln Beisteuer zu leisten haben. Die Träger der Versicherung sind nach öffentlichem Rechte verpflichtet, die staatliche Aufgabe zu übernehmen, deren Erfüllung ihnen zugewiesen wird; nicht nur soweit sie, wie die Gemeinden, dem Staate und seiner Verwaltung ein- und untergeordnet sind, sondern auch soweit sie, wie namentlich die Ortskrankenkassen, außerhalb der staatlichen Verwaltung dem Staat als selbständige Persönlichkeiten gegenüberstehen. Daraus ergibt sich die Eigenschaft dieser Verbände als solcher des öffentlichen Rechts (Entsch. des R.G.'s in Zivils. Bd. 42 S. 358), die dadurch nicht in Frage gestellt wird, daß die Tätigkeit der Kassen, wie eingangs erwähnt, in rein wirtschaftlicher Fürsorge für die Mitglieder besteht und sich in privatrechtlichen Formen vollzieht. Die Förderung

der privaten wirtschaftlichen Interessen der einzelnen ist eben nur Mittel zum Zweck der Förderung des gemeinen Wohls.

Die Entstehung jeder einzelnen Ortskrankenkasse beruht auf einem besonderen Verwaltungsakt der Staatsgewalt (§§ 16 flg.); ihr Bestand wird gewährleistet durch den staatlichen Zwang, der die Mitgliedschaft der Rassenangehörigen und die Erfüllung der Beitragspflicht sichert; nur Verwaltungsaunordnungen der Staatsgewalt vermögen das Dasein der einzelnen Kasse zu beenden (§ 47 flg.). Verfassung und Vertretung der Kasse sind im öffentlichen Rechte geordnet; soweit das Gesetz Satzungen der Kasse verlangt oder zuläßt, steht ihre Errichtung nicht den Mitgliedern zu, sondern sie liegt dem Vorstand der Gemeinde als obrigkeitliche Anordnung ob, die der Genehmigung der oberen staatlichen Behörde bedarf (§§ 16. 23. 24). Auch die Verwaltung der Kasse ist öffentlichrechtlicher Art; entsprechend dem bereits hervorgehobenen Grundgedanken, daß die Verwaltung zur Erfüllung einer staatlichen Aufgabe und somit für den Staat geführt wird, findet sie unter ständiger Aufsicht der staatlichen Behörden statt. Diese haben nötigenfalls die Körperschaft nicht nur nach der öffentlichrechtlichen Seite, sondern auch im privatrechtlichen Verkehr zu vertreten (§ 45); selbst die Bestellung der Vertretungsorgane erfolgt durch amtliche Ernennung, wenn die Rassenmitglieder sich weigern, sie zu wählen (§ 39). In bezug auf die Erhebung und Beitreibung der Versicherungsbeiträge, welche ganz die Bedeutung öffentlicher Abgaben haben und auch sonst deren Bevorzugung genießen (§ 61 R.D.), in bezug auf die Befreiung von staatlichen Abgaben und Lasten, in bezug auf die Handhabung von Strafbefugnissen ist die Verwaltung mit Vorrechten ausgestattet, wie sie regelmäßig nur Ausfluß staatlicher Hoheitsrechte sind (§§ 55. 78. 26a Abs. 2 Nr. 2a u. a.). Auch die Unterwerfung einer Reihe von Streitigkeiten unter die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden beweist den engen Zusammenhang, in dem die Verwaltung der Kasse mit der allgemeinen staatlichen Verwaltung steht. Außerlich ist die Kassenverwaltung zwar von der des Staats losgelöst und getrennt; weil sie aber für den Staat und im öffentlichen Interesse geführt wird, greift der Staat überall da ein, wo die Erfüllung der Aufgabe gefährdet erscheint, die er der Kasse übertragen hat.

An dieser öffentlichen Verwaltung teilzunehmen ist jedes Rassen-

mitglied berechtigt. Der Wille des einzelnen kommt darin regelmäßig mittelbar, zuweilen unmittelbar zur Geltung, unmittelbar, soweit der einzelne in der Generalversammlung persönlich abstimmt, mittelbar in der Beteiligung an der Bestellung der Vertretungsorgane. In dem letzteren Fall ist die Wahl die Form der Mitwirkung. Ihre Gestaltung ist im öffentlichen Recht geregelt. Sie ist geheim und wird vom Vorstand, nötigenfalls aber von der staatlichen Behörde angeleitet und geleitet; diese entscheidet über ihre Gültigkeit. Jeder Wähler beteiligt sich sonach in und mit der Wahl in einer öffentlichrechtlich festgesetzten Form an der öffentlichen Verwaltung der Kasse; er wählt in „öffentlicher Angelegenheit“. Wenn das Gesetz in § 37 den Besitz der Ehrenrechte als Voraussetzung der Teilnahme an der Generalversammlung und damit des Wahlrechts aufstellt, obwohl Mitglieder, die der Ehrenrechte verlustig sind, schon nach § 34 Nr. 4 St.G.B.'s von der Wahl ausgeschlossen sind, so ist daraus nicht zu schließen, daß das Gesetz selbst die Wahlen nicht als solche in öffentlichen Angelegenheiten behandle. Das Gesetz folgt vielmehr mit dieser Bestimmung nur einer Übung, die in zahlreichen Wahlgesetzen, nicht nur der Bundesstaaten, sondern auch des Reichs nachweisbar ist und die dahin geht, bei Aufzählung der Stimmberechtigten auch die vom Stimmrecht ausgeschlossenen Personen, namentlich die zufolge strafrechtlicher Verurteilung für unwürdig erklärten, anzuführen. . . .